

**Auf dem Weg
der
Erneuerung**



PDS

Dialog in der PDS
Landesverband Brandenburg
Heft 7

Zur
"Doppelbiografie der Bundesrepublik"

Dialog in der PDS

Landesverband Brandenburg

Heft 7

Zur "Doppelbiografie der Bundesrepublik"

Herausgeber: Arbeitsgruppe Geschichte beim Landes-
vorstand Brandenburg der PDS

Autoren der einzelnen Beiträge:

Dr. habil. Rosemarie Preuß
Dr. Fritz Reinert
Prof. Dr. Manfred Uhlemann
Dr. sc. Werner Bethge
Dr. Kurt Libera

Anhang: Die Doppelbiografie der Bundesrepublik

Beratung:

Das Autorenkollektiv sowie die Mitglieder der Arbeitsgemein-
schaft:

Prof. Dr. Kurt Finker,
Dr. Gerlinde Grahn,
Diplom Gesellschaftswissenschaftlerin Marianne Draeger,
Dipl. Archivar Joachim Schulz

Redaktionsschluss: 25.09.1999

Satz und Layout: Reinhard Frank

Einleitung

Die 50. Jahrestage der Gründung der BRD und der DDR in diesem Jahr warfen einmal mehr die Frage nach den Ursachen für das Entstehen und die fast 40jährige Existenz von zwei Staaten auf dem Territorium Deutschlands auf, nach dem Charakter dieser beiden Staaten, nach ihrer Geschichte, nach ihrer historischen Stellung, nach den Ursachen für den Anschluss der DDR an die BRD.

Im März dieses Jahres veröffentlichte die Historische Kommission beim Parteivorstand der PDS das Diskussionspapier **“Die Doppelbiografie der Bundesrepublik. Zum Phänomen der deutschen Zweistaatlichkeit”**, in dem eine Antwort auf diese und andere damit zusammenhängende Fragen zu geben versucht wird. (PDS-Pressedienst Nr.13/99, S.14). In diesem Dokument werden in komprimierter, knapper Form zu wesentlichen komplexen Standpunkte formuliert, Einschätzungen erneuert oder präzisiert und neue Aspekte benannt. Entsprechend dem Arbeitsstil der demokratischen Sozialisten wurde die Erklärung veröffentlicht und zur allgemeinen Diskussion gestellt.

Die mehr als vier Jahrzehnte währende deutsche Zweistaatlichkeit ist nur aus einem Geflecht von inneren wie äußeren Ursachen und Bedingungen zu erklären. Einseitige Schuldzuweisungen oder das bloße Wiederholen zeitgenössischer, den Denkschablonen des Kalten Krieges verhafteten Beschreibungen und Bewertungen werden der Tragweite und Widersprüchlichkeit der Vorgänge nicht gerecht.” (Ebenda)

Die AG Geschichte beim Landesvorstand Brandenburg der PDS möchte diese Diskussion unterstützen und hat zunächst zu fünf Problemkreisen Fakten und Überlegungen zusammengestellt, um den Diskussionsleitern in den Basisorganisationen und Vorständen einige Argumente in die Hand zu geben. Es sind bewußt kurz gehaltene - oft inhaltlich zugespitzte - Beiträge, die eine sachliche und ehrliche Analyse des Geschehens in den letzten 50 Jahren auf deutschem Boden unterstützen sollen. Die einzelnen Themen, die die Sicht der jeweiligen Autoren wiedergeben - sind zumeist komplex gefaßt, Überschneidungen sind deshalb nicht zu vermeiden gewesen.

Dieses Material steht selbstverständlich auch den regionalen Zeitungen und Informationsblättern zur Verfügung.

Dr. habil. Rosemarie Preuß

Warum ist das Phänomen der deutschen Zweistaatlichkeit (1945) 1949-1990 immer noch ein wesentlicher Aspekt der gegenwärtigen Geschichtsbetrachtung?

Vorbereitung und Verlauf der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Bundesrepublik Deutschland erwecken den Eindruck, dass eine 50jährige "Erfolgsgeschichte West" stattgefunden hat.

Dabei wird - wenn überhaupt - unzureichend berücksichtigt, dass zur Biografie der heutigen Bundesrepublik auch die Geschichte des zweiten deutschen Staates (DDR) gehört. Dieser verstand sich als Alternative zur bisherigen deutschen Geschichte und auch zur BRD und fand im Verlauf seiner Geschichte, unter den Bedingungen der Systemauseinandersetzung, völkerrechtliche Anerkennung.

Im Material der Historischen Kommission der PDS⁽¹⁾ wird im Hinblick auf die Zweistaatlichkeit u. a. ausgeführt:

- "Im staatlich wiedervereinigten Deutschland treffen zwei Stränge deutscher Nachkriegsentwicklung zusammen. Sie münden beide in aktuelle Prozesse und politische Konstellationen und gehören somit zur historischen Substanz der heutigen Bundesrepublik."
- "Die mehr als vier Jahrzehnte währende deutsche Zweistaatlichkeit ist nur aus einem Geflecht von inneren und äußeren Ursachen und Bedingungen zu erklären."

Sie hinterließ tiefe Spuren in Politik, Kultur, Volkswirtschaft sowie im Alltagsbewußtsein und sozialen Verhalten der Bevölkerung beider Staaten.

Das erfordert eine differenzierte, allseitige und kritische Aufarbeitung der Geschichte beider Staaten als Beitrag zur Herstellung der inneren Einheit Deutschlands sowie zur Lösung von Problemen der Gegenwart und Zukunft.

"Das Scheitern der DDR infolge historisch bedingter sowie selbstverschuldeter Deformationen" (Mangel an Demokratie, an individuellen Freiheitsrechten, Repressionen gegen Andersdenkende, Ideologisierung vieler Lebensbereiche) macht eine kritische Betrachtung ihrer Geschichte unstrittig. Historische Wirklichkeit der DDR und gelebte Erfahrung der DDR-Bevölkerung waren jedoch auch soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, die garantierte Erwerbsarbeit, die Möglichkeit der Bildung und Qualifikation, Solidarität, Antifa-

schismus u. a. An diese Erfahrung erinnern sich viele Ostdeutsche im Vergleich zu ihren konkreten Lebensumständen in der heutigen Bundesrepublik. Sie dürfen jedoch die kritischen Aspekte bei der Aufarbeitung der Geschichte der DDR nicht zurückdrängen.

Ebenso notwendig ist die kritische Aufarbeitung der BRD-Geschichte vor 1990. Dazu gehört u. a. die Auseinandersetzung mit der Tatsache, dass Beamte und Funktionsträger der faschistischen Diktatur in Verwaltung, Justiz und Bundeswehr wieder Verantwortung tragen konnten und dass Konzerne und Banken, die nachweislich Machtergreifung und -erhaltung des Faschismus sowie Vorbereitung und Durchführung des 2. Weltkrieges unterstützt hatten, in der BRD wieder zur Blüte gelangten. Trotz des Pluralismus in der bürgerlich-parlamentarischen Republik und der im Grundgesetz garantierten Bürgerrechte gab es auch in der BRD Repressionen⁽²⁾ gegen Andersdenkende (KPD-Verbot, Berufsverbote, Maßnahmen gegen Atomgegner u.a.) und Mangel an direkter demokratischer Mitwirkung. Auf Grund der Eigentumsstrukturen und der davon abhängigen Verteilung erfolgte trotz sozialer Marktwirtschaft eine Polarisierung zwischen Reichtum und Armut, herrschte Arbeitslosigkeit, war die Macht des Geldes wesentlicher Regulator in vielen Lebensbereichen. All diese Probleme und Konflikte der BRD-Gesellschaft wirken in die Gegenwart hinein und haben sich nach 1990 verschärft (vgl. Massenarbeitslosigkeit einerseits, Gewinnsteigerung der Banken und Konzerne andererseits). Mehr noch: Die Regierung des wiedervereinigten Deutschland gab durch die völkerrechts- und grundgesetzwidrige Beteiligung am Krieg gegen Jugoslawien den erklärten Grundkonsens beider deutscher Staaten auf, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe.

Die herrschende Politik und Geschichtsbetrachtung nach 1990 folgt jedoch nicht der Notwendigkeit einer kritischen Aufarbeitung der Geschichte beider Staaten. Sie akzeptiert die Doppelbiografie der Bundesrepublik nicht. Die DDR sollte vielmehr "delegitimiert" werden. (Kinkel, Enquete-Kommission unter Eppelmann u.a.) Sie wurde vielfach auf "Unrechtsstaat", Staatssicherheit und Diktatur reduziert.

Mit Arroganz, Demütigung, Denunziation, Fälschung und Verhöhnung wurden massenhaft Biografien und Lebenserfahrungen der ostdeutschen Bevölkerung zu entwerten versucht. In engem Zusammenhang damit erfolgte die Abwicklung großer Teile der Intelligenz der DDR, die Zerstörung der Industrie durch westdeutsche Konzerne und damit der massenhafte Verlust von Arbeitsplätzen, die Landnahme, politische Strafverfolgung, Straffrente, weniger Gehalt/Lohn für gleiche Arbeit u. a.⁽³⁾

So wurde alles unternommen, "um materielle, geistige, kulturelle und personelle Spuren" der DDR zu tilgen. Nicht selten wurde dabei der Einigungsvertrag verletzt.

Dieser reale Prozess der Wiedervereinigung, der Anpassung an die Strukturen und Lebensgewohnheiten der alten BRD vertiefte die Kluft zwischen Ost und West. Ostidentitäten wurden negiert, das historische Selbstverständnis der Bevölkerung der alten Bundesländer unkritisch gefestigt. Aus sozialpsychologischer Sicht führte der Weg der Wiedervereinigung bei vielen Ostdeutschen zur "Abwehr, Ablehnung und Verweigerung von (selbst-) kritischen Rückblick"⁽⁴⁾, mitunter auch zur Verklärung der DDR.

Durch die pauschale Verurteilung der DDR in der Politik, in historischen Darstellungen, in den Medien wird den Bürgern der alten Bundesländer der Zugang zum Verständnis der DDR-Gesellschaft erschwert.

Es ist im ersten Jahrzehnt der deutschen Einheit nicht gelungen, die unvoreingenommene Einbeziehung des jeweils anderen Weges, die Erkenntnis der jeweils anderen Vergangenheit als Erbe und Erfahrung zu befördern, d. h., die Annahme der Doppelbiografie in Ost und West steht noch wesentlich aus. Deshalb muß der Aspekt der deutschen Zweistaatlichkeit verstärkt Gegenstand historischer Forschungen sowie historischer und politischer Bildung sein.

1) Vgl. Anhang, Die Doppelbiografie der Bundesrepublik. u .s. w.

2) Zu Repressionen in der heutigen Bundesrepublik schreibt Daniela Dahn im "ND" vom 26. August 1999, S.3. Vorabdruck aus ihrem Buch "In guter Verfassung, wieviel Kritik braucht die Demokratie?"

3) Konkret nachgewiesen werden solche Vorgänge u.a. in den Weissbüchern "Unfriede in Deutschland", die seit Anfang der 90er Jahre von der Gesellschaft zum Schutz der Bürgerrechte und Menschenwürde e.V. herausgegeben werden.

4) Tierse, W., Rede auf dem Geschichtsforum "Getrennte Vergangenheit gemeinsame Zukunft?", In Berlin am 28. Mai 1999. In: Das Parlament, Nr.23 vom 4. Juni 1999.

Fritz Reinert

Deutschlandpolitik in West und Ost 1945 - 1949

Es sei nötig, meinte Peter Bender in seinem Buch zur deutschen Spaltungsgeschichte, "im Bewußtsein zu halten, dass es zwei autonome deutsche Schicksale gab". Und er stellte die Frage, als er auf den begrenzten Handlungsrahmen für die maßgeblichen deutschen politischen Kräfte verwies, ob denn für sie die deutsche Einheit Ziel oder/und Tarnung für andere Ziele war.

Deren deutschlandpolitisches Handeln in den Westzonen wie in der Ostzone wurde bereits **1945/46 entscheidend** von der Systemauseinandersetzung und von den konträren machtpolitischen Vorstellungen der Alliierten beeinflusst. In der amerikanischen Außenpolitik bildeten sich 1946, abweichend von den Festlegungen der Potsdamer Konferenz, in der deutschen Frage gemeinsam zu handeln, Haltungen heraus, "einen Kurs (zu) wählen, der... ein an der westlichen Demokratie orientiertes Westdeutschland hervorbringt". Ähnlich gab es auch auf britischer Seite verbreitete Auffassungen, die Westzonen zu einem "Bollwerk gegen den Kommunismus" auszubauen. Die deutschlandpolitische Orientierung der Sowjetunion für die KPD war ab Frühjahr 1945 auf Erhaltung der Einheit Deutschlands gerichtet, die "durch einheitliche Partei der Werktätigen" zu sichern war (Stalin) sowie (danach auch für die SED) auf den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland. Keine Übereinstimmung mit den deutschlandpolitischen Vorstellungen der UdSSR wurde auf der alliierten Pariser Außenministerkonferenz (April-Juli 1946) erreicht. Die USA nahm im September 1946 (Rede des Außenministers Byrnes) eine offizielle Neubestimmung ihrer Deutschlandpolitik vor: Separate Entwicklung der Westzonen und deren perspektivische Einbeziehung in einen antisowjetischen Block sowie Vorbereitung der "Bizone". Aus Vorstellungen in der SMAD zur staatlichen Verselbständigung der SBZ leiteten Führungskräfte der SED wirtschaftliche wie politische Folgerungen für die Ostzone ab. Pieck ging als SED-Vorsitzender schon im September 1946 davon aus, dass die Teilung Deutschlands bereits vollzogen sei.

1947 fielen wesentliche deutschlandpolitische Entscheidungen: Durch die USA wurden ein deutscher Weststaat und für das von ihr besetzte Gebiet eine separate Währungsreform **vorbereitet**. Auch die UdSSR traf entsprechende Vorbereitungen zu einer eigenständigen Währungsreform. Außerdem wurde, nachdem die Bizone mit einem Exekutivorgan ausgestattet war, in der SBZ die Deutsche Wirtschaftskommission gebildet, die zunehmend Funktio-

nen einer ostzonalen de-facto-Regierung ausübte. Wachsende Zurückhaltung gab es bei den westlichen Alliierten zu deutschen Zentralverwaltungen (sie waren gemäß Potsdamer Konferenz zu bilden) und eine kaum noch verhüllte **Weststaatsorientierung**. Unmittelbar vor der Moskauer Außenministerkonferenz (März-April) verkündete die USA (Truman-Doktrin) die "Eindämpfungspolitik" gegenüber der Sowjetunion, mit der, so der englische Außenminister Bevin später, für die SU jede Chance einer Übereinstimmung über Deutschland zerstört wurde.

Einberufung einer **gesamtdeutschen Ministerpräsidentenkonferenz** (Juni), um "eine Zusammenarbeit aller Länder im Sinne wirtschaftlicher Einheit und künftiger politischer Zusammenfassung" zu erreichen. Mit der Konferenz war beabsichtigt - so die Strategie der einladenden bayerischen Regierung -, dass "Rußland... in die unangenehme Lage versetzt (wird), die Teilnahme der Ministerpräsidenten der Ostzone zu verbieten und das Odium auf sich zu nehmen, die gesamtdeutsche Wirtschaftseinheit... unmöglich zu machen". Die SED-Führung hatte die Zustimmung zur Konferenzteilnahme bis zur letzten Stunde hinausgezögert. Eine Mehrheit im Zentralsekretariat der SED und der Zentrale Blockausschuß der Parteien wollten die Einladung nicht ausschlagen. Pieck offenbarte **nach** der gescheiterten Konferenz, dass es sich beim Standpunkt der Parteispitze, der weitgehend von der SMAD beeinflusst war, "nur um eine Frage der Taktik (handelte), ob wir von vornherein ablehnen oder ein Manöver unternehmen, dass die andere Seite ins Unrecht kommt". Die SED-Ministerpräsidenten waren per Beschluss verpflichtet, umgehend die Konferenz zu verlassen, sollte der Antrag "Bildung einer Deutschen Zentralverwaltung durch Verständigung der demokratischen Parteien und Gewerkschaften zur Schaffung eines deutschen Einheitsstaates" von der westdeutschen Seite abgelehnt werden. Baden-Württembergs Ministerpräsident Reinhold Maier bemerkte im Rückblick, dass nach Verlassen der Konferenz durch die Ostvertreter nicht wenige westdeutsche Delegierte befreit aufatmeten: "Gottlob, so hört man, dass wir die Kommunisten los sind." Die westdeutschen Ministerpräsidenten verweigerten danach mehrheitlich das Gespräch mit ihren ostdeutschen Kollegen.

Allerdings ergriffen westdeutsche Persönlichkeiten (Alfred Weber, SPD sowie der Berliner CDU-Bürgermeister Ferdinand Friedensburg) neue Initiativen für eine Konferenz deutscher Politiker in **Berlin-Wannsee** (9. November), die für die bevorstehende Außenministerkonferenz in London eine gesamtdeutsche Erklärung vorbereiten sollte. Dank der Verhandlungsfähigkeit des brandenburgischen Ministerpräsidenten Steinhoff wurde dort Konsens zur

Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit und zur Entsendung verantwortlicher deutscher Vertreter nach London für die Mitwirkung an einem vorzubereitenden Friedensvertrag mit Deutschland erreicht. Die Westalliierten lehnten den Empfang der Delegation ab. Im Ergebnis der Londoner Konferenz kam es zu neuen Grundsatzentscheidungen der Westmächte für die Gründung eines deutschen Weststaates. Nachdem die westlichen Alliierten eine **ostdeutsche Initiative für eine gesamtdeutsche Beratung zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands** abgelehnt hatten, rief die SED Anfang Dezember den 1. Deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden ein. Er war zusammengesetzt aus Delegierten politischer Parteien und Organisationen, z. T. auch aus den Westzonen. (Die Ost-CDU beteiligte sich allerdings nicht offiziell an ihm.) Er forderte eine Volksabstimmung zur Herstellung der demokratischen Einheit Deutschlands unter einer Zentralregierung. Gleichzeitig entschied die SED-Führung intern, dass SED-Mitglieder die an anderen nationalen Aktivitäten beteiligt und somit der Kontrolle der Parteizentrale entzogen waren, ihre Tätigkeit dort zu beenden hatten! Steinhoff, der vordem in die Arbeit eines Ausschusses der o. a. Wannsee-Konferenz einbezogen war, erklärte dazu später: "Damit schwand aber auch die Möglichkeit, dass sich einzelne Persönlichkeiten in den Vordergrund (nationaler Aktivitäten - F. R.) drängen konnten und daher ließ auch ihr Interesse nach."

Anfang März **1948** einigten sich die drei Westalliierten in London mit den Benelux-Ländern, einen westdeutschen Teilstaat zu gründen. Protest des sowjetischen Vertreters im Alliierten Kontrollrat gegen die Londoner Beschlüsse und Auflösung des Viermächteorgans (20. März). Die sechs Mächte trafen danach mit den "**Londoner Empfehlungen**" maßgebliche Entscheidungen für das westliche Vorgehen in der Deutschlandpolitik. Dieses Dokument - "**Geburtsurkunde**" der **Bundesrepublik** - bevollmächtigte die westdeutschen Ministerpräsidenten, für einen separaten Weststaat "eine verfassungsgebende Versammlung zur Ausarbeitung einer Verfassung einzuberufen". Rückblickend dazu Reinhold Maier: "Wir haben alle miteinander, auch ich, wirkliche Manschetten gehabt, einen deutschen Beitrag zur Teilung Deutschlands zu leisten."

Im Gefolge der Londoner Separatkonferenz führten die Westmächte am 20. Juni für ihre Besatzungszonen eine **Währungsreform** durch. Die anschließend von der UdSSR vollzogene Währungsreform für die Ostzone und Berlin war gekoppelt mit der Berlinblockade, mit der die sowjetische Führung auch eine Weststaatsbildung aufhalten wollte. Für die Anglo-Amerikaner, die danach keine Notwendigkeit mehr zu einem deutschlandpolitischen Kompromiß mit der Sowjetunion sahen, erklärte US-Außenminister

Marshall im September: "Die Russen sind auf dem Rückzug... Wir haben Westdeutschland wieder auf die Beine gebracht,... so... dass wir wirklich sagen können, wir befinden uns auf dem Weg zum Sieg."

Die SED-Führung hielt offiziell an ihrem Ziel "Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage" fest und forderte, einen Volksentscheid über die Schaffung einer einheitlichen, unteilbaren deutschen Republik durchzuführen (Januar). Im Mai wurde die SED-Führung von der SMAD zielstrebig auf eine neue sowjetische Linie eingeschworen: Tulpanow, stellvertretender SMAD-Chef, erklärte, "faktisch" sei "eine Aufteilung Deutschlands in zwei Teile, welche sich nach verschiedenen Gesetzen entwickeln, zustande gekommen." Pieck führte vor dem SED-Parteivorstand diese Orientierung zu der Schlussfolgerung, dass eine "Partei neuen Typus... die Führung in die Hand zu nehmen" und "dafür zu sorgen" habe, "dass (sich) nicht nur das wirtschaftliche Leben in Richtung auf den Sozialismus entwickelt."

1949

Verabschiedung des zuvor nicht öffentlich diskutierten Grundgesetzes der "**Bundesrepublik Deutschland**" (23. Mai: Gründungstag der BRD); Bundestagswahl (August), Bildung der Regierung Adenauer (September).

Im Januar erklärte Grotewohl offiziell, dass die SED "in der Ostzone... (nicht) unmittelbar den Übergang zum Sozialismus vollziehen" dürfe, sondern, "dass wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln den Kampf um die Einheit Deutschlands weiterführen." Die KPdSU- und die SED-Führung setzten hinsichtlich der von ihr propagierten Vorstellungen zu einem Friedensvertrag mit einem einheitlichen Deutschland neue Erwartungen in die Pariser Außenministerkonferenz (Mai). Als Vereinbarungen für ihre Einberufung ausblieben und die Konstituierung der Bundesrepublik unübersehbar wurde, nahm die sowjetische Führung in der Frage eines ostdeutschen Separatstaates ein Umdenken vor. Stalin trat gegenüber der SED-Führung dafür ein, dass die Bildung einer Regierung in der SBZ gemäß Verfassung der "**Deutschen Demokratischen Republik**" (sie war zuvor in der Öffentlichkeit diskutiert und im Mai vom 3. Deutschen Volkskongreß verabschiedet) zu erfolgen habe.

Der SED-Parteivorstand beriet am 4. Oktober über die Staatsgründung und er trat hier für eine weitere Verschiebung der kommunalen bzw. Landtagswahlen ein. (Ihre termingerechte Durchführung war vordem durch die SMAD untersagt worden.) Grotewohl verwies in der Sitzung darauf, dass es künftig um die führende Rolle der SED in der neuen Regierung gehe und diese selbst keine

Opposition dulden werde. Gerhard Eisler fügte hinzu, "wenn wir eine Regierung gründen, geben wir sie niemals auf, weder durch Wahlen noch andere Methoden". Angesichts erheblicher Bedenken von CDU und LDP gegen ein neuerliches Hinauszögern von Wahlen erklärte Pieck am 5. Oktober vor dem Zentralen Blockausschuß und dem Präsidium des Deutschen Volksrates (Organ des Volkskongresses), dass dies berechtigt sei, um der neuen, provisorischen Regierung Zeit zur Bewährung zu geben. Daher würden, so Pieck weiter, jetzt "Wahlen an die 2. Stelle des Interesses (treten)". Diese "Vereinbarung" der SED mit den anderen Blockparteien wurde im Kommuniqué über die DDR-Bildung nicht veröffentlicht.

Manfred Uhlemann

Worin bestehen wesentliche Vorzüge und Nachteile der gesellschaftlichen Systeme der BRD und DDR?

“Jede Seite verstand sich als Kernstaat einer kommenden deutschen Einheit. Daran knüpften sich Alleinvertretungsansprüche und Einmischungsstrategien, ‘Magnettheorien’ bzw. Vorstellungen von einer ‘historischen Mission’, die stets von der Überlegenheit des eigenen Systems ausgingen.” (Hoffmann)

Überschauen wir die Geschichte beider Teile Deutschlands von 1945 bis 1989, so erkennen wir in beiden Systemen Vorzüge, Geburtsfehler und andauernde Defizite. Diese ergaben sich aus der bisherigen deutschen Geschichte, dem Kriegsende, der Besatzungspolitik, dem Konflikt der Siegermächte, dem Handeln deutscher Politiker unter dem Einfluß der Besatzungsmächte, aus Ideologien und sicher auch aus der Natur des Menschen.

Wenn man dies feststellt, muß man zu der Auffassung gelangen, dass es sich bei der Entwicklung in Ost und West um **zwei gleichberechtigte Wege eines erforderlichen Neubeginns** deutscher Politik nach dem Hitlerfaschismus handelt.

Ein **dritter Weg**, der für die einer sozialistischen Idee verbundenen Bürger denkbar gewesen wäre, ein Weg des Zusammenwirkens demokratischer Sozialisten aus dem Lager der SPD, KPD, SED, CDU und der Zurückdrängung extremer Kräfte und Ideen, fand unter den Bedingungen der Lagerbildung weder in Deutschland noch durch internationale sozialistische Kräfte ausreichende Unterstützung. Darauf hatte auch die internationale Verurteilung Deutschlands, die Furcht vor erneutem Aufstieg und Revanche Einfluß, so dass vielen Politikern und Bürgern, besonders in den Nachbarländern, ein geteiltes Deutschland lieber war, als ein einheitlicher Nationalstaat.

Beide Entwicklungswege sind als gegeben hinzunehmen. Als **Maßstab zur Bewertung** von Vorzügen und Nachteilen sollte man die erreichte **Lebensqualität der Bürger** betrachten. Nähern wir uns der Frage nach Wesen und Inhalt von Lebensqualität könnte man ganz allgemein die Zukunftsaussage des Kommunistischen Manifests nutzen: “An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.”

Welches sind wichtige Bereiche, die für die Bestimmung und Gestaltung der Lebensqualität bedeutend sind?

- Eigentumsverhältnisse, Organisation der Wirtschaft, sozial-ökonomische Struktur, Klassen und Schichten.
- Recht auf Arbeit und Möglichkeit zur Teilhabe am Produktionsprozess.
- Staatliche Organisation, Einfluß sozialer Kräfte und "Eliten".
- Demokratie und Diktatur.
- Mitgestaltung der Gesellschaft durch Individuen, soziale Gruppen, Strömungen, Parteien und Organisationen.
- Familien- und Jugendpolitik, Stellung der Frau in der Gesellschaft.
- Bildungsmöglichkeiten, kulturelle Betätigung, Möglichkeiten zur Aneignung der Weltkultur und des Wissens.
- Wohnraum der Bürger, Stadt-, Landschafts- und Umweltgestaltung.
- Versorgung mit Lebensgütern und die vorhandenen Nutzungsmöglichkeiten.
- Rechtsordnung, Verfassung, Gesetze, Gerichte, Polizei.
- Außenpolitik, Militär- und Friedenspolitik.
- Internationale Bedingungen, äußere Einflüsse, Beziehungen zwischen den Völkern, Freizügigkeit.
- Vermittlung und Nutzung der Erfahrungen nationaler und internationaler Geschichte.

Welche Besonderheiten ergeben sich aus dieser Fragestellung beim Blick auf die Geschichte der BRD?

Es erfolgte eine Einordnung in das System der Gesellschaften Westeuropas und der USA mit weitgehenden Besonderheiten. Letztere ergeben sich aus der bewußten Abgrenzung von bisheriger deutscher nationalistischer Weltpolitik und der Zuwendung zu demokratisch-sozialen sowie sozialistischen Strömungen in der deutschen Geschichte. Die Erschütterungen des kapitalistischen Weltsystems seit dem ersten Weltkrieg – Oktoberrevolution, Weltwirtschaftskrise, Faschismus, zweiter Weltkrieg – hatten die politischen Risiken unterlassener Reformen in das Bewußtsein kapitalistischer Ökonomen und Politiker Europas und der USA gehoben.

So vollzog sich eine konservative Erneuerung mit Reformierung des Kapitalismus. Über die ganze Zeit der Existenz der BRD wurde auch unter dem Einfluß des zweiten deutschen Staates "ein sozial-staatlich regulierter Kapitalismus bestimmend" (Hoffmann).

Wichtige Bestandteile dieses Systems zum Nutzen des Volkes waren:

Soziale privatkapitalistische Marktwirtschaft mit freier Konkurrenz, einem reichhaltigen Angebot an Konsum- und Kulturgütern sowie Wohnraum. Ein rascher wirtschaftlicher Aufschwung, Überwindung der Kriegsschäden in Wirtschaft, Städten und Gemeinden mit USA Hilfe und Marshallplan.

Demokratische Verfaßtheit der gesellschaftlichen Strukturen, Ausgestaltung der individuellen Grundrechte und des Prinzips der Gewaltenteilung.

Entfaltungsmöglichkeiten der Bevölkerung in den durch das Grundgesetz und die kapitalistische Gesellschaftsordnung gesetzten Grenzen. Einfluß der Opposition, der Gewerkschaften, Verbände und Organisationen. Möglichkeiten zur Mitbestimmung der Werk-tätigen in den Betrieben.

Freizügigkeit der Bürger, Zugang zu den Kulturgütern und historischen Erfahrungen der westlichen Welt.

Probleme, Hemmnisse und grundsätzliche Defizite der west-deutschen Gesellschaft

ergaben sich aus der Erhaltung kapitalistischer Grundstrukturen und Eigentumsverhältnisse, die enge Bindung an die USA, die Einbeziehung in das von den USA dominierte politische, wirtschaftliche und militärische System.

Dies förderte zum Teil den wirtschaftlichen und selbst den sozialen Aufschwung, hemmte aber zugleich eine dauerhafte Ausgestaltung einer sozial gerechten Gesellschaft. Private Profitinteressen standen vor der Befriedigung der Bedürfnisse und sozialer Gerechtigkeit. Privatkapitalistische Aneignung der gesellschaftlichen Leistungen, die Bildung von Großbanken und Konzernen bestimmten das gesellschaftliche Geschehen und die Politik. Versuche, hierbei regulierend einzugreifen, blieben begrenzt.

Die Einbeziehung alter Eliten in Politik und Wirtschaft hatte positive aber auch negative Auswirkungen. Gleiches gilt für ein Geschichts- und Traditionsverständnis mit dem bei Abgrenzung von

revolutionären Bewegungen und nationalistischen Extremen Kontinuität der deutschen Geschichte hin zur Bildung der Bundesrepublik vermittelt wurde.

Welche Besonderheiten ergeben sich aus obiger Fragestellung beim Blick auf die Geschichte der DDR?

Es erfolgte eine Einordnung in das von der Sowjetunion dominierte "sozialistische Weltssystem" mit weitgehenden Besonderheiten, die sich vor allem aus den Traditionen deutscher Geschichte und nationaler Verantwortung ergaben. Trotz starker sowjetrussischer Einflußnahme wirkten Traditionen der deutschen und internationalen sozialistischen und kommunistischen Bewegung. Ebenso existierten bei Mitgliedern der SED und anderen die Gesellschaft gestaltenden Kräften Verhaltensweisen, die diesen Traditionen entsprachen.

Große Lasten ergaben sich aus der Verpflichtung zur Wiedergutmachung für die faschistische Kriegspolitik, die Anerkennung der Gebietsabtrennungen im Osten und einer Besatzungspolitik, bei der die DDR als Faustpfand betrachtet wurde.

Es ergab sich ein grundsätzlicher Wandel der bisherigen sozialökonomischen Struktur, der Macht- und Eigentumsverhältnisse mit zentraler Wirtschaftsleitung und eingeschränkter Mitwirkung des Volkes.

Wichtige Ergebnisse für die werktätige Bevölkerung waren:

- Sicher Arbeitsplätze, innerbetriebliche Demokratie und Mitbestimmung.
- Relative Gleichheit und Solidarität unter den Bürgern.
- Sicherheit der Bürger gegenüber privater Ausbeutung und Gewalt.
- Wesentliche Fortschritte bei der Gleichberechtigung der Geschlechter.
- Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten für alle Bürger, allerdings im Rahmen der von der SED-Führung vorgegebenen Zielsetzung.
- Förderung eines volksverbundenen Kulturlebens und einer entsprechenden Freizeitgestaltung mit Hilfe des Kulturbundes.
- Eine auf die Bedürfnisse der Werktätigen ausgerichtete Familien-, Gesundheits- und Sozialpolitik.

- Betreuung, Bildung und sinnvolle Freizeitgestaltung für Kinder und die heranwachsende Generation.

Probleme, Hemmnisse, und grundsätzliche Defizite der DDR-Gesellschaft

liegen im dogmatischen Verharren auf einer von Lenin begründeten, als "marxistisch-leninistisch" gekennzeichneten Strategie und Taktik für die Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaft.

Die Theorie und Praxis von der marxistisch-leninistischen Partei neuen Typus führte zur Herrschaft einzelner Personen. Mit Hilfe eines allmächtigen Parteiapparates konnten subjektive Entscheidungen durchgesetzt, alternative Ideen unterdrückt und tausende Menschen, die den Sozialismus als Lebensaufgabe betrachteten, diszipliniert und gleichgeschaltet werden.

Die damit verbundene Theorie und Praxis von der Diktatur des Proletariats setzte die Wünsche und Interessen der Arbeiter, Bauern, der Masse der werktätigen Menschen mit den Vorstellungen einer neuen herrschenden Oberschicht gleich. Sie führte zur Beseitigung sozialer Gruppen der kapitalistischen Gesellschaft, die bei durchaus erforderlichem Charakterwandel Gewinn für eine sozialistische Gesellschaft bedeuten konnten.

Das ist wiederum in Verbindung zu sehen mit einer einseitig dogmatischen Haltung im Hinblick auf privates und gesellschaftliches Eigentum und deren Besitzer. Ideen einer Vielfältigkeit von privaten-, genossenschaftlichen- und staatlichen Eigentumsformen in Industrie, Landwirtschaft, Bauwesen, Handwerk, Hausbesitz u.a. sowie einer gesunden Konkurrenz zwischen ihnen, bei Regulierung durch einen demokratischen Volksstaat, wurden verdrängt.

Das kulminierte in der Mißachtung der Demokratie und der Beschränkung persönlicher Freiheit. Damit wurde auch verhindert, dass Erfahrungen, Ideen, Lebensgewohnheiten aller Bevölkerungsschichten zum Nutzen der Gesellschaft realisiert werden konnten.

Werner Bethge

Zu einigen wesentlichen Ursachen für den Zusammenbruch der DDR

In dem vorgegebenen Rahmen soll sich die Diskussionsvorgabe auf **vier Aspekte** konzentrieren, die allerdings mehr oder weniger direkt oder mittelbar im Zusammenhang stehen und in alle gesellschaftspolitischen und moralisch-ethischen Ebenen hineinreichen. Dass dabei beispielgebende Ergebnisse und bleibende Werte, sowie Zusammenhänge zwischen der großen Politik und dem Verhalten der einzelnen Bürger mit ihren politischen Engagements, Hoffnungen und Enttäuschungen außen vor bleiben müssen, soll betont werden. Schon ein kritisch-summarischer Blick auf die Gründung und Entwicklung der DDR offenbart eine Reihe von innen- und außenpolitischen Erscheinungen die in ihren Wechselwirkungen letztlich zur Agonie der DDR-Gesellschaft führen mußten. Welche Faktoren drängen sich dabei unmittelbar auf?

Die DDR ein Objekt in der globalen Systemkonfrontation

Die Gründung der DDR als gesellschaftliche Alternative auf deutschem Boden war "von seinem geistesgeschichtlichen und gesellschaftspolitischen Ansatz her" (Benser, S.12) sicher ein legitimer Schritt aus den geschichtlichen Erfahrungen Deutschlands vor allem jedoch den Jahren von Faschismus und Krieg, in denen die politische Führungsklasse in geradezu gigantischer Weise abgewirtschaftet hatte. Doch die in erster Linie wohl kaum aus einer innerdeutschen Entwicklung vollzogene Spaltung Deutschlands und die Gründung der beiden deutschen Staaten erwies sich schließlich besonders für die DDR als eine nicht zu unterschätzende politische Belastung. Das Schicksal der Entwicklung in den von den Alliierten besetzten Besatzungszonen des besiegten Deutschlands war einer internationalen Situation untergeordnet, die vom Kalten Krieg bestimmt war. Deutschland wurde vorwiegend in die Rolle eines Objekts im Kalkül der Interessen, des Willens und der Auseinandersetzung unter den Siegermächten um wirtschaftliche und politische Interessensphären gezwungen. So handelte es sich bei der Gründung der BRD und der DDR nicht nur um zwei deutsche Staaten schlechthin, sondern um eine deutsche Zweistaatlichkeit unter den Bedingungen der Systemkonfrontation und der Systemkonkurrenz. In dem Diskussionspapier der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS: "Die Doppelbiografie der Bundesrepublik. Zum

Phänomen der deutschen Zweistaatlichkeit“ heißt es dazu: “Sie waren Objekt im wachsenden Maße zugleich Subjekt, Vorposten und Hauptpartner ihrer Hegemonialmächte, in einer globalen Systemkonfrontation, in der sie bis Ende der 80er Jahre eingebunden blieben.”

Auf Gedeih und Verderb mit dem sowjetischen Gesellschaftsmodell verbunden

Zwar wurde die DDR im internationalen Zusammenspiel der sich gegenüberstehenden politischen Kräfte eine “unersetzliche Säule internationaler Stabilität der Nachkriegsordnung, jedoch ohne eine feste Einbindung in das sozialistische System wohl kaum existenzfähig.” Besonders ökonomisch und gesellschaftspolitisch vorwiegend nach dem erstarrten und entarteten sozialistischen Gesellschaftsmodell der Sowjetunion gestaltet und auch sicherheitspolitisch von der Sowjetunion abhängig, war die DDR auf Gedeih und Verderb mit deren Einfluß und Existenz verbunden. Mit der inneren politischen und ökonomischen Zersetzung und Auflösung der Sowjetunion geriet auch die DDR - unter den 1989 gegebenen ökonomischen und politischen Bedingungen in den Strudel der Auflösung und des Zusammenbruches. Verfolgt man diese Entwicklung der politischen Beziehungen und Abhängigkeiten, so drängt sich das fatale Argument auf, dass schon mit der Gründung der DDR ein genetischer Defekt implantiert wurde.

Entscheidende Defizite an Demokratie und Freiheit

Aber es waren wohl nicht die äußeren sondern vor allem die inneren Ursachen, die zu dem Kollaps in der DDR führten. Und einen hohen Stellenwert muß man in diesem Zusammenhang wohl den Defiziten an Demokratie zumessen, die den Alltag in der Republik bestimmten. Die gesellschaftliche Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone führte zunächst - gemäß des antifaschistisch-demokratischen Charakters der neu gegründeten Parteien zu tiefgreifenden kulturellen und sozialen Umwälzungen, wie die Bildungsreform, Bodenreform und die Enteignung der Konzerne und Großbanken. Dazu waren in jenen Nachkriegswirren “zweifellos verschiedene Zwänge erforderlich”, um möglichst viele Menschen für den gemeinsamen Aufbau produktiv werden zu lassen. Doch mit dem Übergang und Ausbau des als demokratischen Zentralismus verbrämten Zentralismus in der SED 1948/1950 und seine Übertragung auf den inzwischen gegründeten Staat, führte in eine gesellschaftspolitische Sackgasse, führte anstelle von Kreativität zur Er-

starrung, anstelle von gesellschaftspolitischer Weiterentwicklung zur Reformunwilligkeit und -unfähigkeit, zu Fehlentwicklungen und Deformationen. Subjektiv dogmatische Entscheidungen wurden mit Hilfe eines allmächtigen Parteiapparates durchgesetzt, Querdenker diszipliniert, unterdrückt, politisch kriminalisiert. Jede Abweichung von Entscheidungen selbst kleinster Gremien galt als ein Verstoß gegen die "Weisheit der Partei". Das galt u. a. den Versuchen von Intellektuellen in der SED, wie Wolfgang Harich und Walter Janka, die nach den damals spektakulären Ergebnissen des XX. Parteitag des KPdSU von 1956 eine Reformdebatte im Interesse einer demokratischen Entwicklung führten. Sie wurden ebenso konsequent ausgeschaltet, wie die Gruppe um Karl Schirdewan, die ähnlich wie Letztere, den Sozialismus "zu einer für die Menschen wirklich attraktiven Gesellschaft" gestalten wollten. Fehlende Gewaltenteilung, fehlende unabhängige Kontrolle von Beschlüssen und Anordnungen, fehlende Meinungsfreiheit bei ständigem Gegensatz von Theorie und Praxis verhinderten zunehmend ein Einvernehmen, eine Gemeinsamkeit zwischen der Mehrheit der Regierten und Regierenden. Selbst die "deklarierte universelle Zuständigkeit der Volksvertretung mißriet zur Allmacht der SED und ihrer Führung" ("Diskussionspapier"). Siegfried Prokop, Der autoritäre Sozialismus des "roten Preußen", ND vom 27/28.2.1999, kommt in diesem Zusammenhang zu der Schlussfolgerung, dass die, DDR (wie auch die anderen Länder des Sozialismus) als "Staat vom Typ des autoritären Sozialismus zu kennzeichnen sei". In diesem Kontext ist die Charakterisierung dieser Entwicklung von einem Politologen von Interesse: "Der Aufbau des Sozialismus in der DDR wurde nicht zur Sache der Arbeitermassen, die im Verlauf dieser Bewegung lernen, die Geschichte mit Willen und Bewußtsein zu machen, er blieb Resultat eines sukzessiven Vorgehens, an dessen Ende die Diktatur über das Proletariat stand. Diese Art der Umwälzung zeitigte folgenreiche Auswirkungen auf das Bewußtsein nicht nur der Arbeiterklasse, sondern der Bevölkerung allgemein. Sie erlebte die Umwälzung mehr als Objekt denn als Subjekt des Geschehens, nicht als Prozess, den sie selbst gemacht hatte, als Resultat eigenen Handelns, als selbst vollzogene Revolution. Die entfremdete Form der Herrschaft des Proletariats in Gestalt einer sie substituierenden Bürokratie bedingte auch eine Entfremdung der Arbeiter vom Staat" (zitiert: Ebenda).

Scheitern an den ökonomischen Herausforderungen

Auch den Herausforderungen auf dem Gebiet der Ökonomie des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, des Wettrüstens und der

Befriedigung der Konsumbedürfnisse der Bevölkerung war die Wirtschaft der DDR - zunehmend in den 70er/80er Jahren - nicht mehr gewachsen. Sie zeigte sich auch nicht in der Lage den äußeren Herausforderungen nachzukommen, die auf Erosion gerichteten Angriffe abzuwehren, zu paralysieren und unwirksam zu machen. Von außen aufgezwungene Belastungen, wie die (im Gegensatz zur BRD) zu tragende Hauptlast an Reparationen, Erschwernisse durch die offene Grenze, aber auch Fehlleistungen im Herangehen an die ökonomische und gesellschaftspolitische Entwicklung, wie der schon 1950 gefaßte Beschluss über den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus, einer vorwiegend einseitigen Wirtschaftspolitik durch die Schaffung von Staatseigentum (warum eigentlich nicht Gemein oder Anteilseigentum, mit dem sich die Menschen möglicherweise eher identifizieren konnten?) und gleichzeitiger Vernachlässigung und Diskriminierung von kleinen privaten sowie genossenschaftlichen Eigentumsverhältnissen. Rückwirkungen des Zentralismus auf notwendige Investitionen in Wissenschaft, Technik und Wirtschaft und das Festhalten an einer starren Planwirtschaft führte zur ökonomischen Stagnation und in ihrer Konsequenz zu einer Mangelwirtschaft, die ernste Existenzkrisen, wie z. B. den 17. Juni 1953, heraufbeschworen. Zwar konnte die DDR-Wirtschaft in den 50er und 60er Jahren vorübergehend durch das neue ökonomische System der Leitung und Planung (einer Reform von oben) beachtliche ökonomische Wachstumsraten erzielen und eine Spitzenstellung unter den sozialistischen Ländern erzielen, doch das großspurig 1958 im proklamierten friedlichen "Wettkampf der Systeme" angestrebte Ziel, innerhalb von drei Jahren die BRD im „Pro-Kopf-Verbrauch“ einzuholen oder gar zu übertreffen, scheiterte kläglich praktisch mit dem 13. August 1961. Im „Diskussionspapier“ wird dazu eingeschätzt: "Die Abschottung der DDR 1961 und der Rückzug der SED von der gesamtdeutschen Option Anfang der 70er Jahre waren das faktische Eingeständnis, im Systemwettbewerb bei offenen Grenzen und fortdauernder nationaler Verklammerung nicht bestehen zu können." In den 70er und 80er Jahren beschleunigte sich allerdings der wirtschaftliche Niedergang. Veraltete Ausrüstung, technologischer Rückstand, ständiger Rohstoffmangel und wachsende Anzahl von Fehlstunden in der Industrie, eine hohe Auslandsverschuldung und die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise spitzten die wirtschaftliche Situation weiter zu. Und die SED-Führung war nicht bereit, kreative Spielräume und eigenständiges Denken im Interesse einer stabileren Wirtschaft zu akzeptieren. Im krassen Widerspruch zur politischen Beweglichkeit der Führung z. B. im deutsch-deutschen Verhältnis, geriet die Wirtschaft immer mehr im Widerspruch zur Dynamik der neuen technischen Revolu-

tion und die Produktionsverhältnisse wurden immer zum Hemmnis für wirtschaftliche Effektivität. Während die politischen Führungen in Moskau, Budapest und Warschau Handlungsspielräume für weitreichende wirtschaftliche und politische Reformen einleiteten, pries die SED-Führung noch 1986 realitätsfern die Überlegenheit des real existierenden Sozialismus über den Kapitalismus und beschwor wenige Monate vor dem Kollaps des Staates, am Ende 1988, die "vertrauensvolle Verbundenheit von Partei und Volk", hielt sie bis fünf Minuten nach Zwölf am Status quo fest. "Kurzum: Der DDR war es nicht gelungen, die Grenzen des autoritären Sozialismus aufzubrechen und das Tor zu einem modernen Sozialismus aufzustoßen. Deshalb ging sie gemeinsam mit den 'Bruderländern' unter." (S. Prokop)

Sie war dennoch - trotz aller Schwächen und Verwerfungen - mehr als ein "Sozialismusversuch".

Dr. Kurt Libera

Handelt es sich bei der Geschichte der DDR und der BRD um zwei historisch gleichberechtigte Wege und welche Lehren ergeben sich aus ihrer Geschichte für das Deutschland der Gegenwart?

Versuchen wir uns dieser Frage zu nähern, muß zunächst der Rahmen berücksichtigt werden, in dem sich diese Staaten herausbildeten, in welchen politischen Zwängen und in welcher sozialen Situation die Menschen hier im Ergebnis des zweiten Weltkrieges wirkten.

Hitlerdeutschland hatte durch den von ihm ausgelösten Aggressionskrieg, die Greuelthaten der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in den besetzten Gebieten und durch die Vernichtung der europäischen Juden ein unbeschreibliches Elend über ganz Europa gebracht. Sechs Millionen Juden waren in Vernichtungslagern umgebracht worden, die Sowjetunion verlor über 20 Millionen ihrer Menschen, Polen über sechs Millionen. Millionen in vielen anderen Ländern waren auf den Schlachtfeldern Europas umgekommen.

Dieser Krieg endete mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands. Auf der Potsdamer Konferenz (17. Juli - 2. August 1945) vereinbarten die Siegermächte der Antihitlerkoalition Grundsätze über die weitere Entwicklung Deutschlands. Zu den wichtigsten gehörten: völlige Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands, Entnazifizierung und Bestrafung der Kriegsverbrecher, Dezentralisierung der Verwaltung, Entwicklung örtlicher Selbstverwaltungen und schließlich die Demokratisierung des Landes.

Für die innere Entwicklung Deutschlands waren diese Festlegungen positiv und notwendig. Ihre Umsetzung ermöglichte die radikale Abkehr des seit 1933 beschrittenen Weges. Daher waren alle Initiativen der Menschen und politischen Kräfte in diesem Land, wenngleich unter dem Regime einer jeweiligen Besatzungsmacht, legitim und entsprachen einem humanistischen Anliegen.

Zugleich hatte dieser Prozess eine zweite Seite. Jede Zone, später jeder Staat, war in die Ziele der jeweiligen Besatzungsmacht eingeordnet. Das bedeutetet zugleich, sie waren in das Macht- und Gesellschaftskonzept der Siegermächte nach Kriegsende eingebunden. Und beide Hauptgruppen der Siegermächte gingen vor allem von ihren weltpolitischen und strategischen Zielen aus. Jede dieser Gruppen hatte ihre eigenen und spezifischen imperialen

Vorstellungen, hatte die Stärkung der eigenen Weltmachtvorstellungen und positionen im Visier. Diese Vorstellungen kleidete jede dieser Mächte in ihr Verständnis von Demokratie und Freiheit.

So ist dieser Prozess schon von Anbeginn mit dem Keim des künftigen Kalten Krieges behaftet und damit zugleich mit der Möglichkeit einer deutschen Zweistaatlichkeit, die sich durch unterschiedliche gesellschaftliche Grundstrukturen und Zielvorstellungen auszeichneten. Wie diese Wege sich auch künftig gestalteten, Ausgangspunkt des Ganzen waren Vereinbarungen über eine grundsätzliche Abkehr vom faschistischen Regime und damit ein berechtigter, legitimer Weg, wenngleich damit die "Orientierung an völlig unterschiedlichen Gesellschaftsentwürfen verbunden" war.⁽¹⁾

Einerseits das DDR-System. Es entwickelte sich unter dem maßgeblichen Einfluß ihrer, der sowjetischen Besatzungsmacht, vorerst zu einem antifaschistisch-demokratischen System. Zunächst waren die demokratischen, politischen und verfassungsrechtlichen Grundsätze hier durchaus demokratisch. Bereits zu dieser Zeit, besonders aber mit einer verfassungsrechtlich und programmatisch legitimierten Gestaltung eines sozialistischen Systems unter der Führung einer marxistische-leninistischen Partei, bekam dieser Staat mehr und mehr Züge eines "autoritären staatssozialistischen Systems", das nach dem sowjetischen Vorbild und zugleich mit stalinistischen Zügen und Strukturen behaftet war. Mehr und mehr verlor dieser Staat seine demokratische Legitimität.

Andererseits das BRD-System. Es entwickelte sich unter dem Einfluß der westlichen Besatzungsmächte sowie mit deren Wertvorstellungen und imperialen Zielsetzungen, in die sich die herrschenden deutschen politischen Kräfte hier bewußt einordneten. Unter diesen Bedingungen entwickelte sich ein kapitaldominiertes System mit einer entsprechenden sozialen Struktur und zunächst in einem Modell des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus. Ein System, in dem innerhalb bürgerlich-demokratischer Staatlichkeit die Herrschaft des Kapitals umfassend wiederhergestellt wurde und sich mit dieser Herrschaftform vornehmlich Kapitalinteressen durchsetzen.

Das Fazit dieser Entwicklung war, dass zwei deutsche Staaten entstanden, jeder auf der Grundlage legitimer Ausgangspunkte und beide in unterschiedliche Wertesysteme eingebunden. Die Menschen in beiden Teilen des Landes handelten unter diesen Bedingungen und gestalteten ihre Lebens- und letztlich auch ihre politischen Bedingungen. Dazu gehört auch, dass die Bürger der DDR im Jahr 1989 mehrheitlich für einen anderen Staat, für ein wirklich demokratische DDR aufbegehrten.

Welche bleibenden Kriterien charakterisieren den sozialistischen Versuch DDR?

Auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens wurde in diesem Staat konsequent der Faschismus, Nationalismus und Militarismus und die alten Strukturen dieses Staates überwunden.

Es wurde ein neues soziales Gefüge in Industrie und Landwirtschaft und neue soziale Strukturen geschaffen. (Bodenreform, Enteignung des Monopolkapitals, Bildungsreform). Die Kapitaldominanz wurde überwunden. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen hatten zunächst demokratischen Charakter.

Es gab Ansätze einer demokratischen und sozialstaatlichen Regulierung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Es entwickelte sich auf dieser Grundlage ein soziales System mit nicht unbedeutendem gesellschaftlichem Engagement Einzelner und hoher gesellschaftlicher Solidarität sowie ein Bewußtsein von sozialer Gerechtigkeit.

Im Zuge sich entwickelnder gesellschaftlicher Zwänge in der Abrüstung und einer notwendigen Entspannung ging von hier die Forderung aus: von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen sondern nur noch Friede.

“Die Deutsche Demokratische Republik leistet Pionierarbeit für die Normalisierung des deutsch-polnischen Verhältnisses. Es bleibt ihr Verdienst, politische und kulturelle Weichen für ein neues Verhältnis zu den osteuropäischen Völker gestellt zu haben”⁽²⁾

Die DDR scheiterte in ihrer Entwicklung. Die BRD wurde mit ihren Strukturen das gesamtdeutsche Regime.

“Die Chance zu einem qualitativ neuen Miteinander beider Teile Deutschlands war damit eröffnet, nachdem die Bürgerinnen und Bürger der DDR im Herbst 1989 gegen die Allmacht des Politbüros aufbegehrten und ihre Verfassungsrechte einforderten. Diese friedliche Revolution mit ihren Massendemonstrationen, ihrer praktizierten Gewaltlosigkeit, ihren Runden Tischen auf allen Ebenen und ihrer Streitkultur bleibt eine Sternstunde der Demokratie. Ihr Ziel war Selbstbestimmung, nicht Selbstaufgabe. Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches widerspiegelt die Visionen dieser ostdeutschen Demokratiebewegung, zu der auch reformwillige Kräfte der SED gehörten. Die regierenden Kräfte der Bundesrepublik waren jedoch weder willig noch fähig, den demokratischen Impuls dieses demokratischen Aufbruchs aufzugreifen.”⁽³⁾

Das machtpolitische Konzept der politisch herrschenden Klasse in der Bundesrepublik instrumentalisierte die ostdeutsche Protestbewegung für ihre strategischen Interessen. Es gelang ihnen, diese Bewegung in die Konstellation eines kapitaldominierten System zu lenken. Hier liegt die tiefe Ursache der Belastung des folgenden Verhältnisses zwischen den neuen und alten Bundesländern und vielen in ihnen lebenden Bürgern.

Ist die auf dieser Grundlage geschaffene Einheit chancenlos? Oder: Welche Werte und auch Erkenntnisse aus der Geschichte beider deutscher Staaten sollten in eine erneuerte BRD einfließen?

- In der fast ein halbes Jahrhundert gewesenen deutschen Zweistaatlichkeit sowie der zwei Stränge in der Nachkriegsentwicklung gibt es viele Erfahrungswerte. Sie sind als gemeinsames Erbe zu verinnerlichen. Dies gehört zur gemeinsamen Substanz der neuen Bundesrepublik Deutschland, gleich wenn sie bei der herrschenden Elite des heutigen Staates unbeliebt sind, ignoriert werden.
- Aus der Geschichte beider deutscher Staaten und den Erfahrungen der Nachkriegsentwicklung entsteht vor allem die Verpflichtung, nie wieder von deutschem Boden einen Krieg ausgehen zu lassen und die Friedenspflicht als bleibendes Gebot zu achten.
- Bleibende Verpflichtung aus dem Gründungskonsens beider deutscher Staaten ist der Antifaschismus.
- Aus dem Einheitsbestreben der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger darf keine massenhafte Entwertung von Biografien und Lebenserfahrungen entstehen. Aus unterschiedlichen Lebenserfahrungen erwächst die Chance der gleichberechtigten Beteiligung der Ostdeutschen an der gemeinsamen Zukunft. Daraus sollten politische Leitideen sowie gesetzgeberische Voraussetzungen geschaffen und zu einer produktiven Klammer für Ost und West gestaltet werden.
- Ein gemeinsamer kritischer Rückblick auf die Geschichte der Gesellschaft in **beiden deutschen Staaten**, eine differenzierte Betrachtung dieser Geschichte ist notwendig, um günstige Bedingungen des Zusammenwachsens der unter unterschiedlichen Voraussetzungen entstandener Staaten für eine tatsächliche Einheit zu schaffen.

- Die Anerkennung der Tatsache, dass der Mangel an Demokratie, an individuellen Freiheiten in der DDR, **nicht** die Erfahrungen der Menschen dieses Landes an sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit, garantierter Einbeziehung in das Erwerbsleben sowie erlebter umfassender Möglichkeiten an Bildung und beruflicher Qualifikation entwerten. Hieraus erwächst im Gegenteil eine Triebkraft für die gesamte heutige BRD bei der Gestaltung hoher sozialer Gerechtigkeit.
- So ist die zwingende Notwendigkeit gegeben, das gegenseitige und gemeinsame Erbe der Vergangenheit zu erkennen und zugleich als Handlungsmaxime in die europäische Politik einzubringen. Nur ein solches Herangehen schafft produktives Handeln für die Zukunft.
- Alle gesellschaftlichen Kräfte des Landes stehen in der Pflicht, ein entsprechendes kulturelles und geistiges Klima zu schaffen. Jegliche Einseitigkeit, von welcher Seite auch immer, wirkt der tatsächlichen Einheit entgegen.
- Für die Partei des Demokratischen Sozialismus erwächst im besonderen daraus die Pflicht, die eigene Geschichte und die des Staates DDR ihren Mitgliedern und ihrem Wählerklientel kritisch sowie in all ihren Facetten nahezubringen und Konsequenzen und Erkenntnisse zu vermitteln. Dazu gehören vor allem die unbedingte Demokratie- Konsens- und Kooperationsfähigkeit mit allen demokratischen Kräften des Landes. Und als besonderer Interessensvertreter der Ostdeutschen muß sie sich als Anwalt ihres gelebten Lebens verstehen, die Doppelbiografie in das gesellschaftliche Bewußtsein rücken, als wichtige Grundlage für das Zusammenfinden aller Menschen dieses Landes.

Die Zitatangaben beziehen sich auf das Papier der historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS "Die Doppelbiografie Bundesrepublik. Zum Phänomen der deutschen Zweistaatlichkeit. In: PDS. Pressedienst, Nr.13, S.9 ff.

1) S.11

2) S. 11

3) S. 11

Anhang

Die Doppelbiografie der Bundesrepublik. Zum Phänomen der deutschen Zweistaatlichkeit

Das Diskussionspapier anlässlich der 50. Jahrestage der Gründung der BRD und der DDR wurde von Jürgen Hofmann erarbeitet, von der Historischen Kommission am 4. 2.1999 beraten und vom Sprecherrat der Historischen Kommission am 6. 3. 1999 verabschiedet.

In diesen Tagen und Wochen bereitet sich die Bundesrepublik Deutschland auf ihren fünfzigsten Geburtstag vor. Das ist Anlaß zur Rückschau auf den Gründungsakt, der letztlich zur Weichenstellung für die deutsche Staatlichkeit und die deutsche Gesellschaft am Ausgang unseres Jahrhunderts wurde. Dabei gerät leicht aus dem Blickfeld, dass zur Biografie der Bundesrepublik mittlerweile auch die Geschichte des zweiten deutschen Staates gehört, der sich als Alternative verstand. Das Scheitern der Deutschen Demokratischen Republik und ihr Beitritt zur Bundesrepublik vor einem knappen Jahrzehnt macht reichlich vier Jahrzehnte deutscher Zweistaatlichkeit nicht ungeschehen. Inzwischen wird kaum noch ernsthaft bestritten, dass die DDR-Gesellschaft als Sozialisationszusammenhang und zeitgeschichtlicher Erfahrung den Staat, der sie hervorgebracht hat, wenigstens partiell überdauerte. Deshalb ist es für die Gesellschaft der Bundesrepublik abträglich, dieses Erbe zu ignorieren, auch wenn es aus der Sicht maßgeblicher Eliten ein unbeliebtes sein sollte. Im staatlich wiedervereinigten Deutschland treffen zwei Stränge deutscher Nachkriegsentwicklung zusammen. Sie münden beide in aktuelle Prozesse und politische Konstellationen und gehören somit zur historischen Substanz der heutigen Bundesrepublik, unabhängig davon, wie sie im einzelnen bewertet und gewichtet werden.

Die mehr als vier Jahrzehnte währende deutsche Zweistaatlichkeit ist nur aus einem Geflecht von inneren wie äußeren Ursachen und Bedingungen zu erklären. Einseitige Schuldzuweisungen oder das bloße Wiederholen zeitgenössischer, den Denkschablonen des kalten Krieges verhafteter Beschreibungen und Bewertungen werden der Tragweite und Widersprüchlichkeit der Vorgänge nicht gerecht.

Nahezu unstrittig dürfte der Anteil der Besatzungsmächte an der deutschen Teilung sein. Da sich der Konsens der Anti-Hitler-Koalition nicht ohne weiteres in die Nachkriegszeit verlängern ließ, mußten konträre machtpolitische Interessen sowie ordnungspolitische Vorstellungen zwangsläufig stärkeren Einfluß auf die deutsche

Nachkriegsentwicklung gewinnen. Die Einteilung Deutschlands in Besatzungszonen nahm die deutsche Teilung vorweg, weil ein Kompromiß der Siegermächte zur deutschen Frage ausblieb. Die Entscheidung für eine staatliche Reorganisation der Westzonen Deutschlands fiel bereits ein Jahr nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Die programmatische Rede des USA-Außenministers Byrnes in Stuttgart 1946 setzte dafür in öffentliches Zeichen. Die Ausgrenzung der sowjetischen Besatzungszone wurde dabei bewußt in Kauf genommen.

Die deutsche Teilung ist aber ebenso ein Resultat innerer Auseinandersetzungen zwischen politischen und sozialen Kräften in Deutschland, deren Wurzeln und Anfänge bis in die Weimarer Republik und in die Zeit der Deutschen Kaiserreiches zurückreichen. Nach der deutschen Kriegsniederlage im Zweiten Weltkrieg und nach der Zerschlagung des Faschismus von außen stellte sich gebieterisch die Frage: Was kommt nach Hitler? Die von den unterschiedlichen politischen Gruppierungen gegebenen Antworten erwiesen sich als ordnungspolitische Richtungsentscheidungen. So politisierten sich frühzeitig politische und soziale Kräfte. Auf dem Boden der Zoneneinteilung und angesichts der zusehends voneinander abweichenden Besatzungspolitik bildeten sich bald unterschiedliche Verhältnisse, Entwicklungsbedingungen und Konstellationen in Ost und West heraus. Begünstigt wurde dies durch den Verlust gesamtstaatlicher und nationaler politischer Strukturen. Die politischen Kräfte in Deutschland vermochten es nicht, über parteipolitische Schranken hinweg nationale Minimalforderungen zu formulieren und den Anspruch auf eine zentrale deutsche Verwaltung und einen Friedensvertrag gemeinsam geltend zu machen.

Weder in Ost noch in West konnte es eine bloße Neuauflage der Weimarer Republik geben. Die Fortführung vorhandener staatlicher und gesellschaftlicher Strukturen verbot sich von selbst. Diese gemeinsame Ausgangssituation blieb trotz unterschiedlicher Schlussfolgerungen und sich zuspitzender Konfrontation Ansatz für einen Konsens zwischen beiden deutschen Nachkriegsstaaten, der in das von beiden Seiten bekräftigte Leitmotiv mündete, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe. Wenn nach dem Verbindenden für ein gemeinsames historisches Selbstverständnis der heutigen Bundesrepublik gefragt wird, sollte unbedingt an die deutsche Friedenspflicht angeknüpft werden. Besinnung auf den antifaschistischen und friedenspolitischen Gründungskonsens sollte ein gemeinsames Element unseres Selbstverständnisses bleiben.

Von den Gründungsvätern beider deutscher Teilstaaten wurden jedoch auch unterschiedliche Lehren aus der deutschen Geschichte gezogen. Während im Westen die bürgerliche Gesellschaft erneuert und nach westlichen Demokratieverständnis gestaltet wurde, setzten sich im Osten die bestimmenden politischen Kräfte auf den radikalen Umbau der Gesellschaft und ihrer Strukturen. Völlig unterschiedliche Ansätze und Ziele wurden beim Austausch von Funktionsträgern des Deutschen Reiches, in der Eigentumsfrage und zur Frage des Staatsaufbaus verfolgt. Die Gründer der Bundesrepublik entschieden sich für eine Wiederherstellung der vom NS-Regime eliminierten Föderalstruktur; die der DDR sahen in der zentralisierten Republik die geeignete Form, um gesellschaftliche Umgestaltungen effektiv durchsetzen zu können. Die Erfahrungen der Weimarer Republik und des NS-Regimes führten zur konsequenten Ausgestaltung der individuellen Grundrechte und zur Sicherung des Prinzips der Gewaltenteilung. Auch die erste Verfassung der DDR gewährte traditionelle Bürgerrechte, ermöglichte zugleich deren Beschränkung zugunsten gesellschaftlicher Umgestaltung. Die Gewaltenteilung war aufgehoben. Die deklarierte universelle Zuständigkeit der Volksvertretung mißriet zur Allmacht der SED und ihrer Führung.

Die Auseinandersetzung mit Faschismus und Krieg schloß notwendigerweise Sanktionen gegen Träger, Hintermänner und Nutznießer dieses verbrecherischen Systems ein. Sie rückte die Verantwortung von Großgrundbesitz und Monopolkapital ins Blickfeld. Mit der Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher und der Bodenreform wurden im Ostteil zwar radikale, aber durchaus naheliegende Schlussfolgerungen gezogen. Als antifaschistische Maßnahmen, die den sozialen Ausgleich förderten, fanden diese Enteignungen breite Zustimmung. Sie veränderten nachhaltig das politische und soziale Kräfteverhältnis und bereiteten eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft vor. Im Westen Deutschlands unterblieben generelle Eingriffe in die Eigentumsstrukturen auch dann, wenn sie, wie in Hessen, durch demokratische Entscheidungen und Verfassungsoptionen gedeckt waren. Während nach einer gemeinsamen Phase der Entnazifizierung Beamte und Funktionsträger des Dritten Reiches wieder in Verwaltungs- und Staatsverantwortung einrücken konnten, blieb für die DDR die weitreichende personelle Erneuerung auf allen Ebenen charakteristisch. Der "Elitenaustausch" bot bisher benachteiligten Schichten die Möglichkeit zu politischer Teilhabe und sozialem Aufstieg. Er orientierte sich an Leitbildern der sozialistischen Bewegung und war Element eines Emanzipationsprozesses. Die "Aufbaugeneration" blieb deshalb der DDR trotz aller Konflikte mehrheitlich eng verbunden.

Ergebnisse des Kalten Krieges

Bundesrepublik und DDR waren Ergebnisse des Kalten Krieges. Sie waren Objekte und in wachsendem Maße zugleich Subjekt, Vorposten und Hauptpartner ihrer Hegemonialmächte in einer globalen Systemkonfrontation, in die sie bis Ende der achtziger Jahre eingebunden blieben. Die Konfrontation hat die beiden deutschen Gesellschaften so nachhaltig geprägt, dass sie bis in die Gegenwart nachwirkt und als politische sowie soziale Nachhutgefechte die politische Kultur der Bundesrepublik belastet.

Zwischen beiden Strängen deutscher Nachkriegsentwicklung lassen sich vielfältige wechselseitige Abhängigkeiten und asymmetrische Verschränkungen ausmachen. Viele Ereignisse und Vorgänge erschließen sich erst aus diesem Blickwinkel. Die Systemauseinandersetzung verlangte sowohl den Bezug auf den nationalen Konkurrenten als auch die deutliche Abgrenzung von ihm. Dabei ist die Eigenlogik sich ausschließender Wege nicht zu übersehen, zumal sie durch die unterschiedlichen internationalen Verflechtungen und Abhängigkeiten noch verstärkt wurde. Die Spaltung Deutschlands bot die Möglichkeit, die eigenen Leit- und Ordnungsvorstellungen wenigstens in einem Teil durchzusetzen, um sie später auf den anderen übertragen zu können. Beide deutsche Staaten begriffen sich deshalb zunächst als Provisorien, die zu gegebener Zeit um den konkurrierenden Teilstaat zu ergänzen waren. Jede Seite verstand sich als Kernstaat einer kommenden deutschen Einheit. Daran knüpfen sich Alleinvertretungsansprüche und Einmischungsstrategien, "Magnettheorien" bzw. Vorstellungen von einer "historischen Mission", die stets von der Überlegenheit des eigenen Systems ausgingen. Der wechselseitige Ausschließlichkeitsanspruch blockierte lange Zeit eine tragfähige Regelung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Erst die Anerkennung der deutschen Zweistaatlichkeit öffnete den Weg aus der Konfrontation zu vertraglich geregelter, begrenzter Kooperation. Sie war zugleich eine notwendige Bedingung des europäischen Entspannungsprozess, der letztlich den Boden für die staatliche Einheit bereitete.

Die Systemkonkurrenz und der damit verbundene Wettbewerb wirkte sowohl fördernd als auch hemmend auf die Entwicklung beider deutscher Teilstaaten. Die Entscheidung für das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft, vor allem aber deren Ausbau während mehrerer Jahrzehnte ist zweifellos von dieser Wettbewerbssituation stimuliert worden. Ähnlich mußte die DDR den Lebensstandard ihrer Bevölkerung letztlich immer an der Bundesrepublik messen lassen. Die partiellen Abweichungen der DDR vom sowjetischen Modell, die sich u. a. in der sozialökonomischen Struktur und im

Parteiensystem zeigten, wurden gleichfalls durch die besondere Konkurrenzsituation begünstigt.

In der Auseinandersetzung der Systeme, die wiederholt am Rande eines atomaren Weltkrieges ausgetragen wurden, schuf sich jede Seite ihr Feindbild. Nicht nur die realen Gegebenheiten, sondern gerade die verzerrten wechselseitigen Wahrnehmungen blockierten lange Zeit die deutsch-deutschen Beziehungen. Sie wirkten auf verheerende Weise zurück auf den Umgang mit nicht systemkonformen Kräften im eigenen Macht- und Einflußbereich. Der übersteigerten Sicherheitsdoktrin und Sicherungspraxis der DDR stand in der Bundesrepublik eine antikommunistische repressive Staatsräson gegenüber. Diese Konstellation erhellt zwar eine der Ursachen für die politischen Verfolgungen in der DDR, kann aber deren antihumanitären Praktiken und deren Ausmaß niemals rechtfertigen. Die Bundesrepublik hat auf Restriktionen und politische Strafverfolgung nicht verzichtet. Sie übertrafen das in Westeuropa seinerzeit übliche. Wechselseitige Aufrechnungen führen uns jedoch eher zur Rechtfertigung, als zur Aufklärung und Rehabilitierung. Sie konservieren Konflikte, an deren Lösung der Gesellschaft gelegen sein muß.

Die Systemkonfrontation mit den ihr innewohnenden Gefahren innen- und außenpolitischer Konflikte warf ihren lähmenden Schatten auch auf die Protestbewegungen und Versuche demokratischen Aufbegehrens. Die Arbeitererhebungen gegen Normerhöhungen und SED-Herrschaftspraktiken im Juni 1953 in der DDR wurden von der SED-Führung als Konterrevolution abgestempelt, von den regierenden Kräften in der Bundesrepublik als "Tag der deutschen Einheit" vereinnahmt. Auch die intellektuelle "Tauwetter"- und Reformdebatte 1956 erstickte im Freund-Feind-Schema der SED-Politik. Ähnlich mußten sich die Bewegungen gegen Remilitarisierung und atomare Rüstung in der Bundesrepublik ständig der Unterstellung erwehren, Erfüllungsgehilfen des Ostblocks zu sein. Die Breitenwirkung der studentischen Protestbewegung 1968 mit ihren antiimperialistischen Losungen und ihren emanzipatorischen Ansprüchen blieb angesichts der realsozialistischer Wirklichkeit begrenzt. Dennoch löste sie für die Bundesrepublik einen Reformimpuls aus. Der "Prager Frühling" scheiterte an der Unerbittlichkeit der Blocklogik und der militärischen Intervention, bevor er Anziehungskraft entfalten konnte.

Das internationale Wettrüsten zwischen den Systemen drängte beide deutsche Staaten in eine gefährliche und zugleich paradoxe Situation. Ihre Einbindung in feindliche Militärblöcke Mitte der fünfziger Jahre machte sie einerseits zum wahrscheinlichen

Schlachtfeld eines verheerenden dritten Weltkrieges. Hier standen sich über Jahrzehnte die stärksten militärischen Potentiale unmittelbar gegenüber. Als hochsensible Zone potentieller Kriegsgefahr waren beide deutsche Staaten aber andererseits gleichzeitig eine Zone erhöhter gegenseitiger Aufmerksamkeit und Feld des Interessenausgleichs. Dies zeigte sich deutlich bei der Errichtung der Berliner Mauer 1961, der ein amerikanisch-sowjetischer Interessenausgleich vorausgegangen war. Als am Übergang zu den achtziger Jahren die Raketenhochrüstung zu einer existentiellen Bedrohung wurde und in eine neue "Eiszeit" zwischen den Blöcken hineinzuführen drohte, sorgten beide deutsche Staaten dafür, dass der Gesprächsfaden zwischen Ost und West nicht abriß, obwohl sie dabei zeitweilig in einen Interessenskonflikt mit ihren Hegemonialmächten gerieten.

Unterschiedliche Gesellschaftsentwürfe

Die DDR und die Bundesrepublik waren Staaten mit gegensätzlichen außenpolitischen Orientierungen. Im Zuge ihrer Westbindung vermochte die Bundesrepublik Deutschland das historische belastete Verhältnis zum französischen Nachbarn neu zu gestalten. Die Deutsche Demokratische Republik leistete Pionierarbeit für die Normalisierung des deutsch-polnischen Verhältnisses. Es bleibt ihr Verdienst, politische und kulturelle Weichen für das Verständnis der osteuropäischen Völker gestellt zu haben. Noch ist die unter den Bedingungen der Zweistaatlichkeit vollzogene Öffnung nach Westen und nach Osten nicht Allgemeingut der bundesdeutschen Gesellschaft. Angesichts laufender bevorstehender europäischer Integration sollte diese Erbschaft nicht vernachlässigt oder gar ausgeschlagen werden.

Die Spaltung Deutschlands war wesentlich mit der Orientierung an völlig unterschiedlichen Gesellschaftsentwürfen verbunden. Während die DDR das Modell des Staatssozialismus übernahm, wurde in der Bundesrepublik ein sozialstaatlich regulierter Kapitalismus bestimmend. Die Verwirklichung der gegensätzlichen Gesellschaftskonzepte ließ beide deutsche Staaten immer schneller auseinanderdriften. Auf deutlich voneinander geschiedenen politischen und ökonomischen Grundlagen entstanden arbeitsteilig auf das eigene Territorium und unterschiedliche internationale Bindungen ausgerichtete Volkswirtschaften, eine spezifische Sozialstruktur und geistig-kulturelle Verflechtungen sowie unterschiedliche Wertorientierungen. Die über Jahrzehnte währende Eigenentwicklung führte schließlich zu einem Grad der Spaltung, der weit über das Staatliche hinausreichte und manchem wohl erst nach dem Beitritt

der DDR zur Bundesrepublik voll bewußt wurde. Die lange Zeit von beiden deutschen Staaten abgegebenen Bekenntnisse zur deutschen Einheit vermochte an der Logik unterschiedlicher Entwicklung nichts zu ändern. Die Abschottung der DDR 1961 und der Rückzug der SED von der gesamtdeutschen Option Anfang der siebziger Jahre waren das faktische Eingeständnis, im Systemwettbewerb bei offenen Grenzen und fortdauernder nationaler Verklammerung nicht bestehen zu können. Die Bundesrepublik wiederum korrigierte mit dem Amtsantritt der Regierung Brandt/Scheel ihre Deutschlandpolitik, weil das Konzept der Nichtbeziehungen und der nationalen Alleinvertretung die Spaltung nicht aufhob, sondern eher verhärtete und außerdem den eigenen Einfluß auf den europäischen Entspannungsprozess gefährdete.

Die Chance zu einem qualitativ neuen Miteinander beider Teile Deutschlands war eröffnet, nachdem Bürgerinnen und Bürger der DDR im Herbst 1989 gegen die Allmacht des SED-Politbüros aufbegehrten und ihre Verfassungsrechte einforderten. Diese friedliche Revolution mit ihren Massendemonstrationen, ihrer praktizierten Gewaltlosigkeit, ihren "Runden Tischen" auf allen Ebenen und ihrer Streitkultur bleibt eine Sternstunde der Demokratie. Ihr Ziel war Selbstbestimmung und nicht Selbstaufgabe. Der Verfassungsentwurf des "Runden Tisches" widerspiegelt die Visionen dieser ostdeutschen Demokratiebewegung, zu der auch reformwillige Kräfte der SED gehörten. Die regierenden Kräfte der Bundesrepublik waren jedoch weder willens noch fähig, den Impuls dieses demokratischen Aufbruchs aufzugreifen, obwohl das Grundgesetz die Möglichkeit gemeinsamer staatlicher Neuordnung ausdrücklich vorsah. Sie instrumentalisierten die ostdeutsch Protestbewegung für den forcierten Beitritt zur Bundesrepublik. Die Enttäuschung, die gegenwärtig das Verhältnis zwischen neuen und alten Bundesländern belasten, beziehen sich nicht zuletzt auf damals verbreitete Illusionen.

Die deutsche Zweistaatlichkeit hinterließ nicht nur tiefe Spuren in der Politik, Kultur und Volkswirtschaft, sondern auch im Alltagsbewußtsein und im Spektrum der sozialen Verhaltensmuster. Diese Prägungen sind auf unterschiedliche Weise auch von denen verinnerlicht, die dem jeweiligen System ablehnend oder reserviert gegenüberstanden. Während sich für die Bevölkerung der alten Bundesländer die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zunächst nicht spürbar veränderten, versetzte der Untergang der DDR und der für die Vereinigung gewählte Weg die ostdeutsche Bevölkerung in Anpassungszwang, der kurzfristig von den meisten nicht bewältigt werden kann. Die massenhafte Entwertung der Biografien und Lebenserfahrungen stellt eine Belastung der deutschen Einheit dar.

Sie kann nur durch die gleichberechtigte Beteiligung der Ostdeutschen an der Gestaltung der gemeinsamen Zukunft nach und nach aufgehoben werden. Dafür müssen politische Leitideen, weitere gesetzgeberische Voraussetzungen sowie ein günstiges Klima in West und Ost entwickelt werden.

Begleiterscheinungen und Sonderfall der bipolaren Welt

Der Ausgangspunkt der Systemauseinandersetzung begünstigt die Tendenz, die kritische Analyse zeitgeschichtlicher Vorgänge ausschließlich auf die unterlegene Seite zu konzentrieren. Der Reformbedarf der Bundesrepublik, der bereits vor 1990 offensichtlich war, gerät dabei leicht aus dem Blickfeld. Bewußtes politisches Handeln verlangt aber dringend nach einer kritischen Rückschau auf die Geschichte der Gesellschaft, die sich zwar in der Systemauseinandersetzung als überlegen erwies, deren Probleme und Konflikte mit diesem Sieg aber nicht verschwanden. Dass die DDR einer prinzipiellen kritischen Betrachtung bedarf, kann angesichts ihres Scheiterns infolge historisch bedingter sowie selbstverschuldeter Deformationen kein Streitpunkt sein. Ihre Pauschalverurteilung jedoch befremdet viele Ostdeutsche, weil sie sich weder mit den eigenen differenzierten Erfahrungen noch mit der historischen Wirklichkeit deckt. Sie reproduziert Feindbilder und verstellt den Bürgern der alten Bundesländer den Zugang zum Verständnis der DDR-Gesellschaft und ihrer Langzeitwirkungen. Die Bundesrepublik Deutschland unternimmt alles, um materielle, geistige, kulturelle und personelle Spuren der vormals konkurrierenden deutschen Gesellschaft zu tilgen. Der wird vorzugsweise die Funktion eines Kontrastmittels zugewiesen, das der eigenen Selbstbestätigung zu dienen hat. So soll tradiertes Selbstverständnis gefestigt und auf die neuen Bundesländer ausgeweitet werden. Dies läuft jedoch, ob gewollt oder nicht, auf die Ausgrenzung ostdeutscher Erfahrungen hinaus.

Die deutsche Zweistaatlichkeit war Begleiterscheinung und gleichzeitig Sonderfall der bipolaren Welt des zwanzigsten Jahrhunderts. Weder ihre Entstehung, noch ihre Verfestigung oder ihr Ende können deshalb alleine aus nationalen Zusammenhängen und Faktoren erschlossen werden. Die DDR konnte den Zusammenbruch in Europa und seines Bündnissystems nicht überdauern. Doch Grenzen des Wachstums sind auch dem sozialstaatlich regulierten Kapitalismus und seiner neoliberalen Variante gesetzt. Der verbuchte Triumph über den Staatssozialismus ist keine Gewähr für die Lösung gegenwärtiger und künftiger existentieller Probleme. Es enthält auch nicht die Antworten auf die globalen Herausforderungen

unserer Zeit. Für die Mehrheit der Ostdeutschen ist der Vergleich zwischen den Systemen auf absehbare Zeit kein Abwägen zwischen Theorien, sondern zwischen konkreten Lebensumständen und Alltagserfahrungen. Der Mangel an Demokratie und an individuellen Freiheitsrechten, der die DDR-Gesellschaft prägte, entwertet nicht erfahrene soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, die garantierte Einbeziehung ins Erwerbsleben, sowie erlebte Möglichkeiten eigener Bildung und beruflicher Qualifikation.

Über vier Jahrzehnte getrennte staatliche Entwicklung in gegensätzlichen Gesellschaften haben unterschiedliche zeitgeschichtliche Erfahrungen begründet. Das erste Jahrzehnt der deutschen Einheit hat den Befund aus "geteilter Erinnerung" bekräftigt. Die unvoreingenommene Einbeziehung des jeweils anderen Weges, das heißt die Annahme einer Doppelbiografie steht in Ost und West noch weithin aus. Selbst gemeinsame historische Wurzeln werden größtenteils unterschiedlich wahrgenommen. Sicherlich kann es nicht darum gehen, aus "geteilter Erinnerung" ein homogenes Bild deutscher Nachkriegsgeschichte zu fügen. Für die weitere Gestaltung der deutschen Einheit ist es jedoch unerlässlich, auch in der jeweils anderen Vergangenheit ein Erbe und einen Erfahrungswert zu erkennen, der in die gemeinsame Gegenwart hineinwirkt und Handlungsvoraussetzung für die gemeinsame Zukunft in einem zusammenwachsenden Europa bleibt.